



**Der Bundesminister für
Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz**

UNABHÄNGIG | TRANSPARENT | BÜRGERNAH

BMJ-Pr7000/0186-III 1/2017

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 02835
E-Mail: team.pr@bmvrj.gv.at

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

Zur Zahl 68/J-NR/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA MLS, Genossinnen und Genossen, haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) zwei Jahre nach deren Beschluss“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Ich darf zunächst auf die Beantwortung der Voranfrage „Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele in Österreich“ zur Zahl 11497/J-NR/2017 vom 30. März 2017 durch meinen Amtsvorgänger verweisen, in der justizielle Themenstellungen und Vorhaben mit Bezug auf die Entwicklungsziele der Agenda 2030 angeführt wurden.

Mein Ressort bekennt sich zum Prinzip der Nachhaltigkeit. Dieses stellt, gerade auch in der Ausprägung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den darin enthaltenen nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs), eine der Leitlinien unseres Handelns dar – mit dem Anliegen, soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte gleichrangig zu behandeln. Dies betrifft sämtliche Teilbereiche meines Ressorts – von Verfassung über Reformen und Deregulierung hin zur Justiz.

Die Targets oder Subziele der Agenda 2030 sind in weiten Teilen allgemein formuliert und lassen in der Folge einen breiten Interpretationsspielraum. Vor diesem Hintergrund erachten wir insb. folgende Targets oder Subziele als (auch) für den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz relevant:

5.2 Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen

5.3 Alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat

sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigen

8.3 Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen, und die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen

8.7 Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen

16.1 Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern

16.2 Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden

16.3 Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten

16.4 Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen

16.5 Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren

16.7 Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist

16.10 Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften

16.b: Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen

Zu 3:

Die nächsten Schritte zur Erreichung bzw. Einhaltung der oben genannten Ziele sind in Planung, ich bitte aber um Verständnis, dass konkrete Aktivitäten und Zeitpläne im Lichte des neuen Regierungsprogramms und der neuen Zusammensetzung des Ressorts zu diesem Zeitpunkt noch nicht verlässlich dargestellt werden können.

Wien, 20. Februar 2018

Dr. Josef Moser

